

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Dienstag, 15. Dezember 1970

Blatt 3934

2,6 Milliarden Schilling für den Tiefbau  
=====

## 5. Tag der Budgetdebatte

Verwaltungsgruppe VIII, Tiefbau.

Referent Stadtrat Kurt Heller (SPÖ).

Einnahmen: 918 Millionen Schilling, Ausgaben 1.822,5 Millionen Schilling.

Wien, 15.12. (RK) Obwohl allein das eigene Budget seiner Geschäftsgruppe 1,8 Milliarden Ausgaben vorsehe, stünden im kommenden Jahr insgesamt für den Tiefbau 2.678 Millionen Schilling zur Verfügung. 569 Millionen von der U-Bahn-Rate entfielen auf reine Tiefbauarbeiten, und des weiteren kämen aus den Mitteln für die Aufschließung neuer Industriegebiete 81 Millionen und aus denen für den Hochwasserschutz weitere 205 Millionen den Abteilungen seiner Geschäftsgruppe zugute, erklärte Heller.

Der Tiefbaustadtrat bezeichnete als Schwerpunkte seines Ressorts den U-Bahn-Bau, den Ausbau neuer Industriegebiete, die Verbesserung des Hochwasserschutzes, den Ausbau des Wiener Straßennetzes, die Sicherung der Trinkwasserversorgung für die nächsten Jahrzehnte und schließlich alle Arbeiten im Interesse des Umweltschutzes. Die Schwierigkeiten - nicht finanzieller Art - bei der Bewältigung dieser Aufgaben werden größer. Dazu zählt neben dem personellen Problem vor allem das Fehlen ausreichender Kapazitäten im Tiefbau. Hier eine Verbesserung zu erzielen, wäre eine verdienstvolle unternehmerische Initiative.

./.



Ein ernstes Problem sei zudem darin zu sehen, daß das Baugeschehen vor allem im dichtverbauten Stadtkern zunehme, wo ohnedies nicht nur an der Oberfläche, sondern ebenso im Untergrund Platzmangel herrsche. Die Bauarbeiten müßten daher räumlich und zeitlich minutiös aufeinander abgestimmt werden, wobei die Störungen für Wohnbevölkerung und Geschäftswelt möglichst gering gehalten werden müßten. Bei einer solchen Komplexität des Baugeschehens seien neue Methoden wie verstärkter Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung und der Netzplantechnik sowie eine langfristige Budgetvorschau und ein mittelfristiges Bauinvestitionsprogramm erforderlich.

Die Koordinierung der verschiedenen Bauvorhaben habe nicht immer wunschgemäß funktioniert. Daher werde man 1971 eine noch straffere Koordinierung anstreben und zudem den Kontakt zwischen dem Baugeschehen und den Bürgern mit Hilfe der "Verbindungsingenieure" - wie sie sich im Bereich Karlsplatz, auf der Wieden und in der Mariahilfer Straße bereits außerordentlich bewährt hätten, - noch weiter verbessern.

Sehr ausführlich beschäftigte sich Heller mit den Fragen des Umweltschutzes. Selbstverständlich dürften hier nicht die für Untersuchungen bestimmten 575.000 Schilling als Maßstab genommen werden, sondern die tatsächlichen Leistungen der Stadtverwaltung: Die Müllverbrennungslagen, die Fernheizwerke, das Verlangen nach der Verwendung lärmarmen Baumaschinen bei den Ausschreibungen, die Schaffung eines neuen Erholungszentrums am Laaer Berg und die einer neuen Donauinsel samt einer zusätzlichen Wasserfläche seien Leistungen, die für die Wiener zur Verbesserung der Umwelt beitragen.

Beim Bericht über die einzelnen Abteilungen seiner Geschäftsgruppe kam Heller auf die wesentlichen Vorhaben des kommenden Jahres zu sprechen: Dem Straßenbau stünden insgesamt 307 Millionen zur Verfügung. Der Umbau des Gürtels zwischen Hohlweggasse und Südtiroler Platz, der Ausbau der Geiselbergstraße, des Gräßlplatzes, der Laaer Berg-Straße und der Linzer Straße sind besonders zu erwähnen. Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau werde man 1971 mit den Vorarbeiten im ersten Bezirk beginnen. Selbstverständlich wird die Bevölkerung über Arbeiten und Termine rechtzeitig informiert werden.



Heller gab sodann dem Gemeinderat bekannt, er sei heuer erstmals in der Lage, auf dem Gebiet des Autobahn- und Bundesstraßenbaues das Programm für 1971 bekanntzugeben: Für Autobahnen würden 250 und für Bundesstraßen weitere 111 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Selbstverständlich seien Wiens Wünsche größer gewesen, vor allem deshalb, weil auch Projekte enthalten gewesen seien, deren Realisierung in rechtlicher Hinsicht noch nicht gesichert sei. Es sei allerdings zu rechnen, daß zu Beginn des kommenden Jahres die einvernehmlich mit allen Bundesländern vorbereitete Novelle des Bundesstraßengesetzes vom Parlament behandelt werde.

Auf jeden Fall würden die Arbeiten für die Südautobahn zwischen Favoriten und Landstraße fortgeführt und ebenso mit der Abzweigung von der Südautobahn zur Altmannsdorfer Straße, wie mit den Vorbereitungen für die Ostautobahn begonnen werden. Auch die Nordostautobahn werde in Richtung Gürtel weiter gebaut. Der Ausbau der Bundesstraße 16 und der Klosterneuburg-Tullner-Straße wird fortgeführt und an der Sanierung der schienengleichen Kreuzungen in der Altmannsdorfer Straße weitergearbeitet werden. Die Novelle zum Bundesstraßengesetz enthalte so wichtige Vorhaben wie die Beseitigung der schienengleichen Kreuzung in der Simmeringer Hauptstraße vor Schwechat und das Projekt für zwei neue Donaukanalbrücken.

Ausführlich berichtete Heller auch über den U-Bahn-Bau: Im Frühjahr werde mit den Arbeiten für das Baulos Paulanergasse - Theresianungasse und im Sommer mit dem Abschnitt Theresianungasse - Columbusplatz begonnen. Zudem würden außer den umfangreichen Einbautenumlegungen im ersten Bezirk auch die Sicherungsarbeiten für den Stephansdom vorgenommen, die unter Beiziehung namhafter Wissenschaftler sowie nach Einholung eines ~~Exkultätsgutachten~~ festgelegt worden sein.

Als ein besonderes Problem des U-Bahn-Baues nannte Heller die Kosten für Einbautenumlegungen und Straßensanierungen, die nicht im direkten U-Bahn-Bau-Bereich notwendig seien, aber durch den U-Bahn-Bau gleichsam ausgelöst würden. Im Ausland würden diese Kosten meist von den Budgets der jeweils betroffenen Abteilungen und nicht aus dem "U-Bahn-Topf" bezahlt. Vielleicht findet man auch in Wien einen gangbaren Weg.

1971 sei mit dem Beginn der Aushubarbeiten für das ~~Entlastungs-~~gerinne im jetzigen Überschwemmungsgebiet zu rechnen, womit die Verwirklichung des Projektes für den verbesserten Hochwasserschutz Wiens voll anlaufen werde. Selbstverständlich werde während der sieben- bis achtjährigen Bauzeit der bestehende Hochwasserschutz nicht verringert.



Die Kanalbauabteilung leiste seit jeher einen wesentlichen Beitrag für den Umweltschutz, ohne daß dies richtig bewußt wird, erklärte Heller. 1970 sei mit dem Bau von 60 neuen Kanälen in einer Gesamtlänge von 25,6 Kilometer begonnen worden. In der Kläranlage Inzersdorf-Blumental wurden elf Milliarden Liter Abwasser gereinigt. Für den Weiterbau an der Hauptkläranlage in Kaiser-Ebersdorf stünden im kommenden Jahr 42 Millionen Schilling zur Verfügung. In drei Jahren werde diese Anlage mit der mechanischen Reinigung der Abwässer beginnen können. Mit der Aufnahme des Vollbetriebes sei in etwa sechs Jahren zu rechnen. Die Kosten für die Kanalbauten im Zusammenhang mit dem verbesserten Hochwasserschutz und der Großkläranlage werden die Zwei Milliarden Schilling-Grenze übersteigen.

Als Sorgenkind bezeichnete Heller die Wasserwerke deshalb, weil die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben größer würde. Dabei hoffe er, mit den vorgesehenen Ausgaben - 515 Millionen Schilling - deshalb nicht das Auslangen finden zu können, weil ein vieljähriger Kampf um die III. Wasserleitung einem für Wien gutem Ende entgegenzugehen scheine. Freilich dürften im Zusammenhang mit den Wasserrechtsverhandlungen erhobene Forderungen von physischen und juristischen Personen auf keinen Fall über die wirtschaftlichen Grenzen hinausgehen. Die Kosten für die III. Wasserleitung würden etwa eine halbe Milliarde Schilling ausmachen.

Zu den bedeutendsten Vorhaben des Stadtgartenamtes zähle 1971 und in den späteren Jahren die Schaffung des neuen Erholungsgebietes am Laaer Berg und die WIG 74. Beim Stadtgartenamt mache sich ebenso wie bei der für die Stadtreinigung und den Fuhrpark zuständigen Abteilung ein starkes Steigen der Personalkosten bemerkbar. Da es sich aber um den lohnintensiven Bereich von Dienstleistungsbetrieben handle, sei dies verständlich. Auch die Stadtreinigung erbringe Jahr für Jahr wesentliche Leistungen für den Umweltschutz: So dürften 1971 insgesamt 2,3 Millionen Kubikmeter Müll - um 200.000 Kubikmeter mehr als 1969 - beseitigt werden. Eine unangenehme Zivilisationserscheinung weite sich aus: Der Anfall ölverseuchter Erde, von Altölen und chemischen Abfallprodukten nehme zu.



Er sei überzeugt, dem Gemeinderat wieder ein Budget präsentiert zu haben, das schwerpunktmäßig den heutigen und künftigen Erfordernissen entspreche. Abschließend wies Heller noch einmal darauf hin, seiner Meinung nach sei planen, finanzieren und bauen als integraler Prozeß anzusehen. Deshalb glaube er an eine sich organisch entwickelnde, noch stärkere Kooperation zwischen den einzelnen Abteilungen und Geschäftsgruppen des Magistrates.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -



Wiener Landtag  
=====

Wien, 15.12. (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Wilhelm Stemmer trat Dienstag der Wiener Landtag zu einer kurzen Sitzung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt war die "Wahl von Mitgliedern des Bundesrates und von Ersatzmännern für den Bundesrat".

Wie Landtagspräsident Dr. Stemmer mitteilte, haben die Bundesräte Alfred Porges (SPÖ), Otto Schweda (SPÖ) und Eleonora Hiltl (ÖVP) mit gestrigem Tag ihr Bundesrats-Mandat zurückgelegt. Da sich im Zusammenhang mit der Neubestellung von Mitgliedern des Bundesrates auch eine Neufestsetzung der Reihung innerhalb der auf Vorschlag der SPÖ zu wählenden Bundesratsmitglieder als notwendig erweist, haben auch alle anderen sozialistischen Bundesräte ~~und die~~ Ersatzmänner ihren Rücktritt bekanntgegeben. Auf Grund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes ist nämlich eine Umreihung während der Dauer einer Wahlperiode des Landtages nur unter diesen Umständen möglich.

Hierauf führte der Wiener Landtag die erforderlichen Wahlen durch. Neu in den Bundesrat kommen Stadtschulratspräsident Dr. Hermann Schnell (SPÖ) und Dr. Edgar Schranz (SPÖ) sowie der bisherige Ersatzmann Johann Wagner (ÖVP).

Die Liste der Wiener Bundesräte sieht nun folgendermaßen aus:

1. Stelle: Dr. Franz Skotton (SPÖ)
2. Stelle: Hella Hanzlik (SPÖ)
3. Stelle: Dr. h. c. Fritz Eckert (ÖVP)
4. Stelle: Franz Bednar (SPÖ)
5. Stelle: Hans Böck (SPÖ)
6. Stelle: Ing. Rudolf Harramach (ÖVP)
7. Stelle: Josef Seidl (SPÖ)
8. Stelle: Dr. Erika Seda (SPÖ)
9. Stelle: Kommerzialrat Franz Walzer (ÖVP)
10. Stelle: Hofrat Dr. Hermann Schnell (SPÖ)
11. Stelle: Dr. Edgar Schranz (SPÖ)
12. Stelle: Johann Wagner (ÖVP)



Die Liste der Ersatzmänner lautet:

1. Stelle: Landtagspräsident Maria Hlawka (SPÖ)
2. Stelle: Gemeinderat Herbert Mayr (SPÖ)
3. Stelle: Kommerzialrat Dr. h.c. Hans Ehgartner (ÖVP)
4. Stelle: Gemeinderat Prof. Ludwig Sackmayer (SPÖ)
5. Stelle: Gemeinderat Rudolf Pöder (SPÖ)
6. Stelle: Gemeinderat Leopold Traindl (ÖVP)
7. Stelle: Bezirksvorsteher Eduard Popp (SPÖ)
8. Stelle: Gemeinderat Franz Schreiner (SPÖ)
9. Stelle: Kommerzialrat Franz Blauensteiner (ÖVP)
10. Stelle: Abgeordnete Maria Gutberger-Metzger (SPÖ)
11. Stelle: Fritz Prechtl (SPÖ) neu
12. Stelle: Karl Bocek (ÖVP) neu.

Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer würdigte nach den Wahlen das Wirken der ausgeschiedenen Bundesräte und begrüßte die neugewählten. Er führte aus:

"Alle drei mit heutigem Tage ausgeschiedenen Mitglieder des Bundesrates sind politisch profilierte Persönlichkeiten, deren Wirken mit der Zweiten Republik untrennbar verbunden ist.

Für zwei von ihnen geht das öffentliche politische Wirken mit heutigem Tage zu Ende.

Frau Professor Eleonora Hiltl und Kommerzialrat Alfred Porges scheiden auf Grund der in ihren Parteien geltenden Bestimmungen über die sogenannte Altersgrenze aus ihren öffentlichen Funktionen aus.

Sie können auf ein arbeitsreiches Leben im Dienste ihrer Partei sowie der Bevölkerung überhaupt zurückblicken. Beide, Frau Prof. Hiltl und Kommerzialrat Porges, haben es in ihrem Leben und Wirken erfahren, daß das Bekenntnis zu einer Idee und ihr Einsatz für sie zuzeiten als politisches Verbrechen angesehen wird, für das man durch Haft und Einkerkierung bestraft wird.



Alfred Porges wurde im Zusammenhang mit dem Februar 1934 eingekerkert und Frau Prof. Hiltl nach der Okkupation Österreichs im Jahre 1938.

Beide wurden in ihrer Gesinnung und in ihrem Glauben an das Wiedererstehen eines freien, unabhängigen demokratischen Österreich nicht gebrochen, wenn auch die Vorstellung über die Staatsform eines wiedererstandenen Österreich nicht bei beiden die gleiche war.

Die Entscheidung darüber hat die Geschichte gefällt.

Und so sehen wir sie, Frau Professor Hiltl, in der Österreichischen Volkspartei, und Alfred Porges in der Sozialistischen Partei, seit 1945 unter den damals jüngsten Funktionären politisch und öffentlich wirken.

Frau Ministerialrat Professor Eleonora Hiltl gehörte von 1945 bis 1969 dem Wiener Landtag und Gemeinderat als ein sehr profiliertes Mitglied ihrer Fraktion an. Ihr berufliches und politisches Wirken wurde vom Herrn Bürgermeister anlässlich ihres Ausscheidens aus dem Gemeinderat eingehend gewürdigt.

Sie wurde 1969 in den Bundesrat entsandt, dem sie bis gestern angehörte.

Kommerzialrat Alfred Porges ist über den politischen Bereich hinaus durch seine berufliche Tätigkeit in der Wiener Messe AG, derzeit als deren Direktor, bestens bekannt und geschätzt.

Von 1947 bis 1949 gehörte er dem Nationalrat, ab 1953 dem Bundesrat an, zuletzt seit 1965 als dessen stellvertretender Vorsitzender.

Wenn Frau Prof. Hiltl und Kommerzialrat Porges nun aus dem Bundesrat ausgeschieden sind, so verbinden wir mit unserem aufrichtigsten Dank unsere herzlichsten Wünsche für ihre persönliche Zukunft.

Nicht in gleicher Weise verabschieden können wir das Mitglied des Bundesrates Otto Schweda. Er ist nicht aus Altersgründen ausgeschieden, sondern weil ihn die Sozialistische Partei für eine neue, große Aufgabe vorgeschlagen hat.



Er soll das Finanzressort in der Wiener Gemeindeverwaltung in wenigen Tagen übernehmen.

An sich ist die Funktion eines Mitgliedes einer Landesregierung mit der Zugehörigkeit zum Bundesrat nicht unvereinbar; sie könnte sogar sachlich von Vorteil sein.

In allen Fällen, wo eine solche Doppelfunktion bisher bestand, hat sie sich aber praktisch als unvereinbar erwiesen, einfach aus Zeitmangel.

Im besonderen Maße gilt das für das Finanzressort der Stadt Wien.

Herr Otto Schweda, seit 1964 sehr profiliertes Mitglied des Bundesrates, hat daher gebeten, seinen Rücktritt aus dem Bundesrat zu akzeptieren.

Mit dem herzlichsten Dank an ihn verbinden wir die besten Wünsche für sein künftiges Wirken.

Unsere besten Wünsche möchten wir auch den neuen Bundesräten Hofrat Dr. Hermann Schnell, Dr. Edgar Schranz und Johann Wagner mit auf den Weg geben und sie bitten, sich stets dessen bewußt zu sein, daß sie auch zur Wahrnehmung der Interessen Wiens in der zweiten Kammer der Bundesgesetzgebung berufen sind.

Mit diesen Wünschen und den besten Weihnachts- und Neujahrswünschen an Sie alle beende ich die heutige Sitzung!" (Schluß)

- - -



## arthur rosthorn zum gedenken

3 wien, 15.12. (rk) auf den 17. dezember faellt der 25. todes-  
tag des diplomaten und sinologen univ.-prof. dr. arthur  
r o s t h o r n .

er wurde am 16. april 1862 in wien geboren, studierte germani-  
stik, sanskrit und allgemeine sprachwissenschaften, erhielt 1885  
von der kaiserlich chinesischen regierung eine einstellung beim  
chinesischen zolldienst, der ihn durch die verschiedensten teile  
des riesigen reiches fuehrte und ihn bereits in jungen jahren  
zu dessen genauem kenner machte. nach seiner rueckkehr trat er in  
den diplomatischen dienst der oesterreichischen monarchie und wirkte  
von 1896 - 1906 als legationssekretaer, legationsrat und schliess-  
lich als geschaeftstraeger in peking. anschliessend war er gesandter  
in teheran und spaeter wieder botschafter in china. von besonderer  
wichtigkeit ist sein wissenschaftliches schaffen auf dem gebiet der  
chinakunde. rosthorn hat - wie kaum ein anderer oesterreicher - sprache,  
geschichte und kultur des chinesischen raums dank seines jahrzehnte-  
langen persoenlichen verhaeltnisses zu diesem land in grundlegender  
weise behandelt. die ergebnisse seiner forschungen sind in dem band  
'geschichte chinas' in der von ludo hartmann veroeffentlichten  
weltgeschichte zusammengefasst. dieser beginnt mit der urgeschichte  
chinas und gibt eine uebersicht ueber die chinesischen kaiser-  
dynastien bis zum sturz der letzten mandschu. mit der chinesischen  
religion befasst sich sein buch 'die unreligion der chinesen'.  
arthur rosthorn, der mitglied der oesterreichischen akademie der  
wissenschaften und praesident der oesterreichischen friedensgesell-  
schaft war, hat eine 10.000 baende umfassende fachbibliothek ueber  
china hinterlassen.

0910



## kulturausschuss: rosenberger und fischer scheiden aus

6 wien, 15.12. (rk) in der letzten sitzung des kulturausschusses im heurigen jahr verabschiedete dessen vorsitzender, landtagspraesident dr. wilhelm stemmer, zwei mitglieder des ausschusses, die dienstags zum letzten mal an einer sitzung teilnahmen. es handelt sich um die gemeindevaeter julius fischer und franz rosenberger.

gemeinderat julius fischer wird demnaechst sein mandat zuruecklegen und aus dem wiener gemeinderat ausscheiden. gemeinderat franz rosenberger hat ersucht, ihn wegen anderer funktionen von der mitgliedschaft im kulturausschuss zu entbinden. praesident stemmer wuerdigte die mitarbeit der beiden scheidenden mitglieder ebenso wie - anlaesslich des jahresendes - das gute klima der beratungen in diesem ausschuss ueberhaupt. er dankte allen mitgliedern fuer die im jahre 1970 geleistete arbeit.

0948

## kulturausschuss: namhafte subventionen

7 wien, 15.12. (rk) in seiner letzten sitzung im heurigen jahr beschloss der kulturausschuss dienstags die vergebung einer ganzen reihe namhafter subventionen. darunter befinden sich unter anderem die privaten wiener grossbuehnen mit einer sondersubvention von 1.306.000 schilling, das theater an der wien mit einer million schilling sowie eine reihe von organisationen und vereinen, wie die aktion "mehr kinder an hoehere schulen" (10.000), die wiener schachrunde des oesterreichischen blindenverbandes (5.000), die oesterreichische gesellschaft fuer kulturpolitik (60.000) und die gesellschaft der musikkreunde (jahressubvention 400.000).

0954



## hohe wiener auszeichnung fuer hofrat reif-gintl

9 wien, 15.12. (rk) die wiener landesregierung hat diensttag auf antrag von landeshauptmann-stellvertreter gertrude sandner beschlossen, dem direktor der wiener staatsoper, hofrat dr. heinrich reif-gintl, anlaesslich der vollendung seines 70. lebensjahres in wuerdigung seiner bedeutenden kuenstlerischen und organisatorischen leistungen das goldene ehrenzeichen fuer verdienste um das land wien zu verleihen. dr. reif-gintl hat nach dem ableben des operndirektors dr. hilbert im september 1968 die leitung des opernhauses uebernommen. seiner initiative ist es zu danken, dass eine reihe hervorragender premieren und auffuehrungen zustande kam, die in der internationalen opernwelt grosse beachtung fanden.

der zeitpunkt der feierlichen ueberreichung der auszeichnung durch den wiener landeshauptmann wird rechtzeitig mitgeteilt.

1015

## freigabe der praterbruecke

8 wien, 15.12. (rk) bautenminister josef moser und landeshauptmann felix slavik werden am diensttag, dem 22. dezember, den ersten abschnitt der nordostautobahn - vom linken donaukanalufer bis zum linken donauufer - und gleichzeitig die schnellstrasse zwischen dem knoten kaisermuehlen und der wagrainer strasse fuer den verkehr freigeben.

geehrte redaktion!

sie sind herzlich eingeladen, berichterstatter und fotoreporter zu entsenden.

bitte merken sie vor:

zeit: 22. dezember, 12 uhr

ort: einmuendung des purchmannweges in die wagrainer strasse.

1000



## wien erwarb riesenacker in donaustadt

4 wien, 15.12. (rk) ein riesiges areal an der hausfeldstrasse - ''an der alten schanzen'' in wien-donaustadt im gesamttaumass von rund 314.000 quadratmeter wird von der stadt wien erworben. dieses grundstueck, das bisher landwirtschaftlich genuetzt wurde, stellt fuer die stadt wien bauhoffnungsgebiet dar. der kauf war fuer die stadt wien umso wichtiger, als donaustadt zu den grossen baulichen hoffnungs- und erweiterungsgebieten der stadt zaehlt.

0911

## kirche fuer per albin hansson-siedlung-ost

5 wien, 15.12. (rk) im neuen stadtteil per albin hansson-siedlung-ost soll auch eine kirche gebaut werden. die erdioezese wien ersuchte die stadt wien, ihr eine geeignete grundflaeche fuer diesen zweck zu verkaufen. der zustaeendige ausschuss gab kuerzlich dem verkauf eines grundstueckes an der jura soyfer-gasse die zustimmung. die erzdioezese erwarb fuer den geplanten kirchenbau 3.437 quadratmeter.

0912

## personalnachricht

10 wien, 15.12 (rk) der wiener stadtsenat hat am diensttag den magistratsrat dkfm. mag. alfred r i e g e r (kontrollamt) zum obermagistratsrat befoerdert.

1019



delegation von "jugend am werk" bei slavik

13 wien, 15.12. (rk) eine delegation von "jugend am werk" kam diensttag vormittag ins rathaus zu vizebuengermeister felix s l a v i k . die delegation entbot dem vizebuengermeister glueckwuensche anlaesslich des weihnachtsfestes und besonders fuer die kuenftige arbeit als wiener buengermeister.

vizebuengermeister slavik sagte in seinen dankesworten, dass "jugend am werk" eigentlich keine fuersorgerische, sondern eine wirtschaftliche taetigkeit ausuebt, die organisation vermittelt jungen menschen eine berufliche ausbildung und damit einen lebensinhalt. damit wurde der urspruengliche rahmen von "jugend am werk", naemlich jugendlichen in zeiten schwerster not ~~eine~~ beschaeftigung zu vermitteln, gesprengt. es ist erfreulich, unterstrich slavik, dass sich "jugend am werk" weiterentwickelt und im naechsten jahr ein neues heim eroeffnen wird.

die maedchen und burschen ueberreichten selbstgebastelte geschenke, die slavik mit dank entgegennahm und an kindergaerten weitergeben wird.

1130

buengermeister marek verabschiedete sich im stadtsenat

14 wien, 15.12. (rk) die diensttag-sitzungen der wiener landesregierung und des wiener stadtsenats waren die letzten, an denen landeshauptmann bzw. buengermeister bruno m a r e k teilgenommen hat. das stadtoberhaupt wird bekanntlich am donnerstag vor dem wiener gemeinderat seinen ruecktritt mitteilen.

buengermeister marek dankte den stadtsenatsmitgliedern fuer die stets gute und verstaendnisvolle zusammenarbeit. er verabschiedete sich einzeln von jedem mitglied der wiener stadtregerung und wuenschte ihnen viel erfolg bei der bewaeltigung der grossen kommunalen aufgaben sowie persoenliches wohlgehen.

1155



(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Tiefbaudebatte  
=====

Wien, am 15.12. (RK) GR. Joachim Müller (DFP) begrüßt die Bereitstellung höherer Beträge für Untersuchungen auf dem Gebiet der Luftreinhaltung, des Gewässerschutzes und der Lärmbekämpfung. Die Gemeinde leistet auch durch die Errichtung von Fernheizwerken und Kläranlagen einen bedeutenden Beitrag. Notwendig wäre es jedoch, die Großindustrie zu entsprechenden Maßnahmen zu verhalten. Die Industrie gibt enorme Beträge für die Werbung aus, scheint aber nicht bereit zu sein, einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten. Entsprechende Naturschutzmaßnahmen müßten für die Erhaltung der Lobau sorgen. Der Ersatz des Kleinsteinpflasters durch Asphaltbeläge könnte zur Lärmverringerung beitragen. Gesetzliche Maßnahmen müßten übermäßigen Betriebslärm verhindern.

Die Gehsteigerstellungen nach Aufgrabungen seien vielfach mangelhaft und erfolgen sehr spät. Eine Regelung wäre auch für die Verwendung von Spikes notwendig.

Die Ansätze für den Brücken- und Wasserbau wurden bedauerlicherweise ebenso wie jene für den Straßenbau bedeutend verringert. Die Wasserwerke wären nach Ansicht des Redners zweckmäßiger bei den Städtischen Unternehmungen zu budgetieren. Die Schwierigkeiten in den Verhandlungen zwischen Wien und Niederösterreich wegen Errichtung der Dritten Wasserleitung seien auf die verschiedenen politischen Einstellungen zurückzuführen. Hier müßte von beiden Seiten mehr Einsicht gezeigt werden. Notwendig wäre es jedoch auch, die Bevölkerung aufzufordern, Wasser nicht zu verschwenden. Vielleicht könnten die Wasserwerke auch wieder die verschiedenen Installationen der Wohnhäuser überprüfen und die Behebung schadhafter Einrichtungen verlangen. Die bereits wiederholt angeregte Nutzwasserleitung, vor allem für Industriegebiete, wurde leider bisher noch immer nicht verwirklicht.

Bei der Errichtung und Erhaltung von Grünflächen dürften die kleinen Anlagen nicht vergessen werden.



Zweckmäßig erschiene es ihm, neben den großen Mülltonnen in den Wohnhäusern kleinere Gefäße für die Asche aufzustellen.

Die Verschmutzung des Wienerwaldes könnte durch eine kostenlose Viertel- oder Halbjahres-Müllbeseitigungsaktion sicherlich vermieden werden.

Den Ansätzen werde seine Fraktion nicht zustimmen.

Das gegenüber dem Vorjahr niedriger angesetzte Straßenbaubudget und das geringere Brücken- und Wasserbaubudget bezeichnete GR. Dr. Schmidt (FPÖ) als "echten Rückschritt". Gleichzeitig bemängelte er die zu niedrige Dotierung für die Erhaltung der Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen. Auch die zur Verfügung stehenden Mittel für die Straßenerhaltung hält der Redner für zu gering.

Die langwierige Sanierung von Frostschäden, der geringe Anteil frostsicherer Straßen (30 Prozent) und die geringe Tragfähigkeit der Straßendecken sind weitere Ansatzpunkte für die Kritik von GR. Dr. Schmidt: "Die Einschränkung der Mittel für die Straßensanierung sind ein Sparen am falschen Platz". Die Ketzergasse bezeichnete der Redner in diesem Zusammenhang als besonders sanierungsbedürftig. Als weiteres negatives Beispiel führte er die Agnesgasse an, wo sich scheinbar wegen mangelnder Koordinierung die Bauarbeiten seit Jahren hinziehen. Erfreulich hingegen findet Dr. Schmidt den für nächstes Jahr vorgesehenen Ausbau des Gürtels zwischen Südtiroler Platz und Fasangasse.

Zur geplanten Elektrifizierung der Verbindungsbahn stellte GR. Dr. Schmidt einen Antrag, wonach in Verhandlungen mit den ÖBB auf eine Eliminierung der niveaugleichen Bahn- und Straßenkreuzungen der Verbindungsbahn zwischen Westbahn und Wattmann-gasse gedrungen werden sollte.

Angesichts der derzeit vorgesehenen 500 Millionen Schilling Jahresraten für den U-Bahn-Bau befürchtet der Redner Verzögerungen und warnte vor Illusionen über den Baufortschritt.

Die Erhöhung der Mittel für Untersuchungen der Baudirektion gegen die Lärmplage sowie gegen Gewässer- und Luftverunreinigung auf 575.000 Schilling begrüßte Dr. Schmidt. Ohne bundesgesetzliche Regelung sei aber auch dies nur eine halbe Maßnahme. Vollends



zur "Spiegelfechtereier" würden diese Anstrengungen, wenn die Praxis anders aussieht. Negatives Beispiel: Bei der Strudlhofstiege werde derzeit eine Grünanlage zerstört, um darauf ein Gästehaus der BAWAG mit Garagen zu errichten, was sicherlich nicht im Interesse des Umweltschutzes für die Anrainer förderlich sei.

GR. Josef Hoffmann (ÖVP) kritisierte die unzureichende Dotierung des Straßenbaues, dies besonders in Bezug auf das Straßennetz erster Ordnung. Das Budget unternehme nichts, um der drohenden Umgehung Wiens durch den Straßenfernverkehr - Hoffmann zitierte dazu Pressemeldungen - rechtzeitig entgegenzuwirken. Mangelnde Durchlässigkeit des Stadtverkehrs fördere vielmehr noch alle Tendenzen zu einer solchen Umgehung. Sowohl für die Reparatur als auch für den Neubau von Straßen sei zu wenig Geld vorgesehen. Dies noch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß das Straßennetz ja nicht kleiner wird und die Preise dauernd steigen. Hoffmann sprach allerdings die Vermutung aus, daß es im Wiener Voranschlag viele "stille Reserven" gebe, für deren Anlage der Finanzreferent "eine spektakuläre Begabung" habe. Solche Mittel und Erträge aus Mehreinnahmen sollten in erster Linie dem Straßenbau zugutekommen.

Das Problem der Aufgrabungen - und der damit verbundenen Behinderungen für den Straßenverkehr ebenso wie für die Fußgänger - beleuchtete der Redner im Hinblick auf die Bezirke Wieden und Favoriten. Gerade der 4. Bezirk leide sehr darunter, und die beiden Wiedner Gemeinderäte Windisch und Neusser ("jeder ein wahrer Leonidas in diesem Kampf") wüßten genau, wie viele Interventionen in diesem Zusammenhang nötig seien.

Hoffmann beschäftigte sich auch mit Problemen des Mülls. Das Müllaufkommen steige dauernd, die Wertschöpfungsziffern aus der Verpackungsindustrie seien imposant. Der Redner bezeichnete die Müllverbrennung als die zeitgemäße Form, dieses Problem zu bewältigen, da hier nicht nur für Vernichtung, sondern nach Möglichkeit auch für Verwertung gesorgt werde. Hoffmann wies allerdings auf eine bisher zu wenig beachtete Gefahr hin: Der Anteil von Polyvinylchlorid (PVC) am Müll beträgt zwar nicht mehr als etwa fünf Prozent, doch wird bei der Verbrennung dieses Stoffes Salzsäure frei, noch dazu teilweise in gasförmigem Aggregatzustand. Dagegen habe man noch keine Schutzmaßnahmen getroffen.



Was die nach Meinung des Redners auch weiterhin nötigen Deponien anlangt, regte Hoffmann an, den Müll zu pressen (kleinerer Raumbedarf) und außerdem mit Industrie und Gewerbe gemeinsame Deponien zu planen, bei denen ausreichende Schutzmaßnahmen aller Art geschaffen werden könnten.

Er wolle seinen Debattenbeitrag dem Wiener Verkehr, genauer spezifiziert, dem "Wiener Underground" widmen, begann GR. Hain (ÖVP). Mit dem Vorwurf an die Adresse der SPÖ, bei der U-Bahn-Planung viele Jahre versäumt zu haben, und der Reklamation der grundlegenden Züge des Verkehrskonzeptes für seine Partei setzte er fort. Bereits im Jahre 1961 habe die ÖVP in der Stadtplanungsdebatte ein Konzept vorgelegt, und eine Überprüfung auf die Durchführbarkeit verlangt. Das heutige Verkehrskonzept, das kürzlich von Stadtrat Hofmann vorgelegt wurde, entspräche genau den ÖVP-Vorschlägen. Als die ÖVP vor Jahren den U-Bahn-Bau forderte, spukte in den Köpfen der Rathausgewaltigen die Alwegbahn herum. Wertvolle Jahre seien dadurch verloren worden.

Hahn anerkannte den Baufortschritt an der U-Bahn-Baustelle Karlsplatz. Wenn man an Endlösung denke, blieben jedoch noch viele Fragen offen: Unter anderem, ob nun am Karlsplatz durch den Bau vom Tiefgaragen das Park-and-Ride-System gesichert sei, wann die Ringlinien aufgelassen werden können und ähnliches.

Eine Frage richtete der Redner direkt an Stadtrat Heller: Die ÖVP habe beantragt, die U-Bahn in der Favoritenstraße vom Columbusplatz bis über den Keplerplatz hinaus in Schildbauweise zu bauen. Die ÖVP wolle den Konsumenten und den Produzenten jahrelange Baustellen und Baugruben ersparen. "Wie sieht's nun wirklich aus? Wird dieser ÖVP-Antrag berücksichtigt? Wenn nicht, was wird getan, um eine totale Blockade des Geschäftslebens bei einer offenen Bauweise zu verhindern?"

GR. Elisabeth Schindler (SPÖ) sprach über den Umweltschutz. Die ganze Welt habe heuer die Gefahren der Umwelt-er-seuchung erkannt. Die Wiener Stadtverwaltung war sich jedoch bereits in den vergangenen Jahren des Problems bewußt und hat entsprechende Maßnahmen getroffen. So wurde dafür gesorgt, daß das Grün in der Stadt und ihrer Umgebung nicht nur erhalten, sondern ausgedehnt wird. Neue Großprojekte in diesem Rahmen sind bereits ange-laufen - die Sanierung des Bisamberg, die Anlegung der WIG 74



und der Donauinsel. Aber auch die neuen kleinen Grünflächen im dichtverbauten Gebiet sind von großer Bedeutung, besonders für Kinder und ältere Menschen. Im Vergleich mit anderen Großstädten steht Wien jedenfalls sehr gut da.

Die Rednerin verwies auf zahlreiche andere Bemühungen zur Luftverbesserung: Die Umstellung der städtischen Autobusse von Diesel- auf Diesel-Flüssiggas-Mischbetrieb, die bis Jahresende bei 200 von 400 städtischen Autobussen durchgeführt sein wird, verringert den Ruß im Abgas um 60 Prozent. Da sich bei einer Untersuchung auf dem Gürtel herausgestellt hat, daß bei flüssigem Verkehr nur ein Drittel jener Abgase aus den Auspufftöpfen kommt, wie bei stockendem Verkehr, wird der Bau koordinierter Ampelanlagen forciert. Die Elektrifizierung der Bahnlinien wird die Anrainer nicht nur von der Luftverunreinigung durch die Dampfloks, sondern auch vom Lärm erlösen. Da der Anteil des Hausbrandes an der Luftverunreinigung besonders hoch ist, kommt dem Bau von Fernheizwerken, Zentralheizungen und Gas- oder Stromheizungen besondere Bedeutung zu. Die Vermehrung der Zahl der Ölheizungen ist allerdings weniger erfreulich, da bei der Ölverbrennung noch mehr Schwefel in die Luft gelangt als durch Koksöfen. Untersuchungen über die Ölentschwefelung wären deshalb zu veranlassen.

Auch zur Lärmbekämpfung geschieht viel, so durch den Einsatz schallgedämpfter Baumaschinen oder durch die Beseitigung des lärmenden Katzenkopfpflasters. Viel unnötiger Lärm entsteht allerdings aus dem Verschulden von Fahrzeuglenkern.

Riesige Aufgaben entstehen durch die rasch wachsenden Müllmengen. Immer wieder kommt es vor, daß Müllgefäße durch voluminöses Verpackungsmaterial ausgefüllt werden. Die Rednerin appellierte an alle, solches Verpackungsmaterial zu zerkleinern, bevor es in das Müllgefäß geworfen wird, damit auch der Nachbar für einen Abfall Platz hat.

GR. Schindler würdigte die großen Leistungen der Straßenreinigung bei der Beseitigung der gewaltigen Schneemengen des vergangenen Winters und hob dabei auch die Leistungen der Gastarbeiter hervor, ohne die es unmöglich gewesen wäre, diese Arbeit zu bewältigen.



Die Rednerin schloß mit dem Hinweis auf den Bau der Großkläranlage und des verbesserten Hochwasserschutzes, wobei sie den Umbau des Nußdorfer Wehrs, eine Schöpfung Otto Wagners, als Beispiel dafür anführte, wie schwierig es oft ist, die praktischen Notwendigkeiten mit dem Denkmalschutz unter einen Hut zu bringen.

Der nächste Debattenredner, GR. Dr. Strunz (ÖVP) beschäftigte sich in seinem Beitrag einleitend mit der Desinfektion des Trinkwassers und brachte den Antrag ein, von der bisherigen Chlorierung auf die Desinfektion durch Beifügung von stabilisierter wässriger Chlordioxydlösung überzugehen.

Eine Desinfektion durch Chlordioxyd sei auch für den Badebetrieb zu empfehlen. Deutsche Wissenschaftler hätten nämlich festgestellt, daß die Wirkung der üblichen Chlorierung zu gering sei, so daß es zu Infektionen kommen kann.

Im Wiener Trinkwasser läßt sich regional ein deutlicher Unterschied hinsichtlich der Härte feststellen, der acht deutsche Härtegrade beträgt. Das hängt damit zusammen, daß die Stadtgebiete rechts der Donau mit Hochquellenwasser versorgt werden, während links der Donau Hauptwasserlieferant das Grundwasserwerk Lobau ist.

Was die Luftverunreinigung betrifft, sei die Wiener Luft in der Zeit von November bis Jänner an manchen Tagen derart schlecht, daß Kleinkinder und Bronchialkranke gefährdet erscheinen. Unter den Quellen der Verunreinigung steht die Raumheizung durch ihre Produktion von Schwefeldioxyd an erster Stelle. An bestimmten Inversionstagen wird die Sonneneinstrahlung um ein Drittel vermindert.

Bestimmte Berufsgruppen, die ständig auf den durch Auspuffgase der Kraftfahrzeuge verunreinigten Straßen zu tun haben, werden durch Blei gefährdet, das als Antiklopfmittel den Treibstoffen beigemischt ist. In Frankfurt weisen beispielsweise bereits 16 Prozent der Straßenarbeiter, des Personals der Müllabfuhr und der Polizisten Bleivergiftungserscheinungen auf. Der Debattenredner gab in diesem Zusammenhang seiner Genugtuung Ausdruck, daß dem am 16. Oktober von seiner Fraktion eingebrachten Antrag, den Bleigehalt der Luft in verkehrsreichen Straßen regelmäßig zu überprüfen, zugestimmt wurde.



Nach wissenschaftlichen Untersuchungen steht heute einwandfrei fest, daß die Zunahme des Lungenkrebses bei der Stadtbevölkerung in ursächlichem Zusammenhang mit der starken Luftverunreinigung steht. Die Mortalität von Nichtrauchern in der Stadt gegenüber Landbewohnern verhalte sich 9 zu 1. Von Lungenkrebserkrankten haben nur fünf Prozent Chancen, fünf Jahre zu überleben.

Als wirksame Maßnahmen gegen die Luftverunreinigung durch Kraftfahrzeuge gilt die Anpflanzung von abschirmenden Hecken. Auch zur Lärmbekämpfung trägt dichte Bepflanzung bei. So wird durch Hecken pro Meter eine Lärminderung von 0,25 bis 0,35 Dezibel erreicht.

GR. Bednar (SPÖ) setzte sich zunächst mit dem U-Bahn-Bau auseinander und wies auf dessen Bedeutung für die Sicherung der Arbeitsplätze hin: Allein im Bereich Karlsplatz seien etwa 400 Arbeiter beschäftigt und im kommenden Jahr gehe es mit dem U-Bahn-Bau erst so richtig los, würde doch mit den Bauarbeiten im Bereich der Favoritenstraße begonnen. Bednar warnte vor der Illusion, anzunehmen, diese komplizierten Baumaßnahmen könnten ohne Belästigung für die Anrainer oder die Geschäftswelt vorgenommen werden. Auch in anderen Großstädten habe es solche unvermeidbaren Beeinträchtigungen gegeben. Seiner Meinung nach sollte man zudem eine klare Trennung zwischen den reinen Baukosten für die U-Bahn und jenen Nebenkosten finden, die für die Sanierung von Einbauten oder Straßen benötigt würden. Gerade im Tiefbau sei es in letzter Zeit bei den Preisen zu einer Hausse gekommen. Würden die Kalkulationen nicht schärfer und damit knapper, müßte die Stadtverwaltung überlegen, außerhalb ~~Viens~~ mit Baufirmen in Kontakt zu kommen.

Der sozialistische Sprecher lobte sodann die gute Zusammenarbeit zwischen dem Bund und dem Magistrat beim Bau der vierten Donaubrücke. Damit werde ein weiterer wichtiger Straßenzug zur besseren Abwicklung des Verkehrs geschaffen. Der Autoverkehr werde insgesamt freilich auch in den nächsten Jahren Schwierigkeiten bereiten, da es nicht möglich sein werde, in den stark bebauten Innenbezirken wirklich eine Flüssigkeit des Verkehrsgeschehens herbeizuführen. Aber die Stadt dürfe nicht durch das Auto versklavt werden.



Zu einem besonderen Verkehrsproblemen hätte sich die zunehmende Verwendung von Spikesreifen gestaltet, da die Fahrbahnbeläge in einem außerordentlich hohen Maß abgenützt würden. Bednar demonstrierte dies an einem herausgebohrten Stück des Fahrbahnbelages der Gürtelbrücke: Von dem ursprünglich 2,5 Zentimeter starken eigentlichen Fahrbahnbelag seien nach kurzer Zeit nur noch 0,5 Zentimeter übriggeblieben. In zahlreichen ausländischen Staaten sei man bereits zu einer zeitlichen Beschränkung bei der Benützung der Spikes gekommen. Was den Straßenbau angehe, so müsse man die gute Zusammenarbeit zwischen der SPÖ-Regierung und der Stadtverwaltung hervorheben.

Er fände es hingegen geradezu unverstänglich, daß offizielle Funktionäre des Landes Niederösterreich immer wieder versuchten, die Stimmung gegen Wien anzuheizen, um die Erlangung der notwendigen Genehmigungen für den Bau der III. Wasserleitung zu erschweren. Dabei wolle Wien nichts anderes als eine friedliche Entwicklung der gesamten Region. Schließlich komme die Verbesserung des Hochwasserschutzes ebenso wie der Bau der Großkläranlage auch den anrainenden Gebieten Niederösterreichs zugute.

Stadttrat Heller erklärt in seinem Schlußwort, daß natürlich auch er höhere Ansätze auf allen seinen Rubriken begrüßt hätte, daß wir aber Realisten sein müßten und daher nicht mehr ausgeben können, als wir zur Verfügung haben. Grenzen sind auch durch die Kapazität der Firmen und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Verkehrs gesetzt. Natürlich gibt es noch schlechte Straßen in Wien, aber ihre Erneuerung hängt nicht nur allein von den Absichten der Straßenbauabteilung, sondern auch von den Einbautenabteilungen ab. Außerdem wirke sich in den heurigen Straßenbauansätzen aus, daß in vergangenen Winter sehr beträchtliche zusätzliche Mittel für die Frostschädenbehebung nach den so wechselvollen Witterungsverhältnissen zur Verfügung gestellt wurden. Außerdem sei es fraglich, ob wir bei ähnlich schlechten Witterungsverhältnissen nicht auch heuer zusätzliche Beträge benötigen werden.

Hochquellenleitung: Sicherlich wären Instandsetzungen an der Zweiten Hochquellenleitung notwendig. Diese können aber in Interesse der Wasserversorgung nur stundenweise durchgeführt werden. Das sei mit ein Grund, warum so nach der Bewilligung und Errichtung der Dritten Wasserleitung gedrängt werde.



Kostensteigerungen im Tiefbau: Man sei sich bewußt, daß es für viele Firmen nicht ganz leicht ist, diese zu verkraften. Es gebe aber gerade auf dem Sektor der Kostensteigerungen Dinge, die zu größter Wachsamkeit zwingen. Wir werden daher "Additionsfehler" in einer Größenordnung von Millionen nicht tolerieren können, ebenso das Eingreifen von Firmen bei Anbotstellungen. Diese Kostensteigerungen waren der Grund dafür, daß manche Arbeiten nicht neu ausgeschrieben wurden, sondern im "Anhängeverfahren" an Firmen, die bereits Bestanbote gelegt hatten, vergeben wurden.

Die Behauptung, daß im Rahmen des U-Bahn-Baues für den Straßenbau vorgesehene Mittel der Verbesserung des Verkehrs in den Hauptstraßen nicht zugute kommen, sei unrichtig. Gegenbeweis sei der Umleitungsbereich Karlsplatz.

Frage der Koordinierungen: Darüber wurde bereits oft gesprochen. Auf die rasche Instandsetzungen nach Künetten wird geachtet werden. Es wurde hierfür ein eigenes Referat geschaffen.

Die Frage der Verwendung von Spikes wird eine Lösung finden müssen.

Verbindungsbahn: Einige dieser schienengleichen Bahnübergänge werden entfernt werden, so unter anderem durch die Errichtung der Stranzenbergbrücke und die Nivcaufreimachung bei der Schrutkagasse. Diesbezügliche Studien werden gemeinsam zwischen Stadtplanung und den ÖBB durchgeführt.

GR. Hahn habe wieder einmal den U-Bahn-Bau als eine Initiative der ÖVP-Fraktion hingestellt. Dazu könne er nur sagen, daß "krähen" allein nicht genüge. Es wurde viel ernste Arbeit geleistet, durch die der U-Bahn-Bau erst ermöglicht wurde.

Zur Kanalbauabteilung: Erfreulicherweise gibt es hier wenig Klagen, freilich können knapp vor Weihnachten beantragte Senkgrubenräumungen nicht mehr kurzfristig erledigt werden. Der Tiefbaustadtrat dankte den Kanalarbeitern für ihre vorbildliche Pflichterfüllung.

Zum Fällen von Bäumen: Erst nach eingehenden Besprechungen mit den zuständigen Verwaltungsgruppen und mit dem österreichischen Naturschutzbund werden, wenn es der Straßenbau erfordert, die notwendigen Bäume gefällt.

Nutzwasser für Industrie und Gewerbe: Bereits jetzt gibt es Bewilligungen für die Entnahme von drei Millionen Kubikmeter pro Tag aus dem Wiener Grundwasser für Nutzzwecke.



Trinkwasserdesinfektion: Zwei Anlagen zur Desinfizierung des Trinkwassers mit Chlordioxyd - nämlich in Lainz und in Nußdorf - sind bereits in Betrieb. Der diesbezügliche ÖVP-Antrag wird zur Zuweisung empfohlen.

Straßenreinigungsmittel: Ob die Ansätze für die Straßenreinigung ausreichen, hängt von der Strenge des Winters ab. Falls erforderlich, wurden jedoch zusätzliche Mittel bisher immer anstandslos bereitgestellt.

Müllabfuhr: Der Tiefbaustadtrat wies neuerdings auf die zahllosen Möglichkeiten, Mist kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr abzulagern, hin und erinnerte auch an den diesbezüglichen Hausanschlag. Niemand könne sich darauf ausreden, daß er im Wienerwald Gerümpel ablagern muß. Brennende Asche kann allerdings nicht abgeführt werden. Gut eingeführt habe sich im übrigen der aus Wiener Müll erzeugte Kunstdünger Biomüll. Dem Straßenreinigungspersonal und Müllabfuhrpersonal, das sich zu einem nicht unwesentlichen Teil aus Fremdarbeitern rekrutiert, sprach Stadtrat Heller den Dank aus. Er bat die Wiener Bevölkerung, diesen Männern ebenfalls mit Höflichkeit zu begegnen.

Umweltschutz: Durch den nahezu konstanten Westwind hat Wien besonders günstige Luftverhältnisse. Zur Luftverbesserung tragen die Fernheizwerke bei. Da nicht in erster Linie Industrie und Gewerbe die Luft verunreinigen, sondern Einzelheizungen der Haushalte, müsse danach getrachtet werden, immer mehr Wiener Haushalte zentral zu beheizen.

Zum Thema Autoabgase verwies Stadtrat Heller auf eine interessante Untersuchungsreihe von Stadtbaudirektor Prof. Dr. Koller an der Technischen Hochschule, mit der die unterschiedlichen Abgasmengen bei kreuzungsfreien Straßen und bei Straßen mit Kreuzungen registriert wurden. Diese Erkenntnisse müßten von den Verkehrsplanern künftig berücksichtigt werden. Hinsichtlich Gewässerschutz verwies der Tiefbaustadtrat auf den Bau der Kläranlagen, hinsichtlich Lärmschutz seien die Behörden aktiv, man müsse jedoch auch gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte beachten. Von dem Fernheizwerk Spittelau und von dem Kraftwerk in der Lobau erwarte er sich keine Belästigung der Bevölkerung. Die Stadtverwaltung tue alles nur Mögliche im Interesse des Umweltschutzes, freilich bitte sie auch die Bevölkerung um ihre aktive Mithilfe.



Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.  
Der FPÖ-Antrag (Eliminierung niveaugleicher Kreuzungen der Verbindungsbahn) und der ÖVP-Antrag (Trinkwasserdesinfektion mit Chlordioxydlösung) wurden einstimmig zugewiesen.

Unterbrechung der Sitzung um 14 Uhr.

Die Beratungen werden morgen Mittwoch, den 16. Dezember, um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe IX (Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten) fortgesetzt.  
Referent ist Stadträtin Dr. Maria Schaumayer (ÖVP).

- - -



g e s p e r r t   b i s   1 9 , 3 0   u h r

festakt im rathaus:

70 jahre wiener symphoniker

18      wien, 15.12. (rk) im wiener rathaus fand diensttag abend ein festakt anlaesslich des 70jaehrigen bestehens der wiener symphoniker statt. vizebuergenmeister gertrude s a n d n e r bezeichnete dabei das orchester als "interpreten einer grossen musikalischen vergangenheit ebenso wie einer lebensvollen gegenwart". die feier im festsaal wurde von den symphonikern mit musik von karl maria v. weber und richard wagner umrahmt.

anlaesslich des orchester-jubilaeums ist auch eine 100seitige festschrift erschienen, die die geschichte der symphoniker vom jahr 1900 bis zur gegenwart schildert.

als "begeisterte anhaengerin" der wiener symphoniker bezeichnete sich vizebuergenmeister gertrude s a n d n e r bei dem festakt im rathaus anlaesslich des 70jaehrigen bestehens des orchesters. frau sandner zeichnete die geschichte des weltberuehmten klangkoerpers vom anfang des jahrhunderts bis heute.

sie schilderte die verschiedenen phasen in der konstruktion dieser koerperschaft, schliesslich die wirtschaftliche reorganisation die 1949 durch eine uebereinkunft der republik oesterreich mit der stadt wien moeglich wurde. eingehend wuerdigte sie die kuenstlerischen erfolge der letzten 25 jahre, im besonderen das konzert vor papst johannes 23. (1959) und vor den vereinten nationen (1967). eben jetzt seien die symphoniker dabei, mit dem weltberuehmten dirigenten joseph k r i p s , "zu dem wir eben jetzt eine engere bindung erhoffen", zusammenzuarbeiten.

schon am vormittag hatte frau sandner in einem interview mit dem orf erkluert, die symphoniker seien zwar eine wiener institution, wuerden **jedoch auch** in der bundeshauptstadt als sendboten ganz oesterreichs angesehen. durch das jaehrliche dankkonzert fuer den wiener

./.



weihnachtsbaum sei auch staendiger kontakt des orchesters mit den bundeslaendern gewaehrleistet.

schliesslich sprach frau sandner die glueckwuensche der stadt an die symphoniker aus, ''als vizebuengermeister der stadt wien, als ihre praesidentin und als anhaengerin ihrer kunst''.

#### der dank des orchesters

fuer den orchestervorstand der wiener symphoniker dankte professor wegricht beim festakt im rathaus fuer die glueckwuensche der stadt wien:sein dank richtete sich besonders an die adresse der praesidentin, vizebuengermeister gertrude sandner und des vorsitzenden des direktionsrates, direktor dr. albert mitringer.

wegricht meinte, die aufgeschlossenheit des orchesters fuer das zeitgenoessische musikschaffen ziehe sich wie ein roter faden durch die geschichte der symphoniker. dabei habe man jedoch niemals das sichere fundament des traditionellen musikgutes vernachlaessigt.

im rahmen des jubilaeums erhielten auch 13 mitglieder des orchesters aus der hand des orchestervorstands den ehrenring der symphoniker.

1517

#### preisguenstige gemuese- und obstsorten

22 wien, 15.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 3 schilling, karotten 4 bis 6 schilling, kohl 5 schilling, weisskraut 3 bis 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 schilling, bananen 6 bis 8 schilling, mandarinen 7 bis 8 schilling, orangen 5.50 schilling je kilogramm.

1400



geruecht                    um sammelaktion von strassenbahnfahrscheinen:  
wohlfahrtsstadtraetin maria jacobi uebergab schuelerinnen  
geldbetrag fuer soziale zwecke

20        wien, 15.12. (rk) in regelmaessigen abstaenden, insbesondere vor weihnachten, kursieren in wien immer wieder geruechte, die zu irgendwelchen ''sammelaktionen'' aufrufen. heuer hiess es etwa: fuer eine million markierter strassenbahnfahrscheine stellt die gemeinde wien einem gehbehinderten einen rollstuhl kostenlos zur verfuegung. diesem geruecht waren die schuelerinnen eines maedcheninternates in der antonigasse in waehring zum opfer gefallen, die insgesamt 10.000 fahrscheine sammelten.

wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i nahm dies zum anlass den schuelerinnen am dienstag einen besuch abzustatten. sie versicherte den maedchen, dass ihr derzeit kein fall bekannt sei, dass ein behinderter keinen rollstuhl habe. um jedoch den sammelleifer der maedchen zu belohnen, und ihnen fuer die gezeigte soziale gesinnung zu danken, ueberreichte die stadtraetin der direktion des internates einen betrag von 5.000 schilling (die ungefaehren kosten eines rollstuhls) mit der bitte, dieses geld anderen sozialen zwecken zuzufuehren.

1339

#### aenderung einer bezirksvertretungssitzung

25        wien, 15.12. (rk) die fuer mittwoch, den 16. dezember 1970 anberaumte bezirksvertretungssitzung der bezirksvorsteherung alsergrund, wird wegen erkrankung des herrn bezirksvorsteher, auf mittwoch, den 30. dezember, um 17 uhr, verschoben.

1449



## rinderhauptmarkt vom 15. dezember

26 wien, 15.12. (rk) unverkauft vom vormarkt 0. neuzufuhren in-land 3.674, davon 11 durchlaeufen. gesamtauftrieb 3.674, verkauft alles, unverkauft 0.

preise: extrem 16.40 bis 17.30 (17.50 bis 17.60 21 stueck), 1. qualitaet 15.10 bis 16.30, 2. qualitaet 14.10 bis 15, 3. qualitaet (13 bis 14) 13.20 bis 14, zuchten extrem 12.30 bis 13, zuchten 9 bis 12, altschneider 10 bis 11.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schweine ermaessigte sich um 22 groschen und betraegt 15.10.

aussermarktbezeuge in der zeit vom 11. bis 15. dezember 1970 (ohne direkteinbringung) 51 stueck.

## pferdehauptmarkt vom 15. dezember

27 wien, 15.12. (rk) auftrieb 19 stueck, hievon 2 fohlen. herkunft: oberoesterreich 2, niederoesterreich 10, burgenland 7. verkauft als schlachttiere 11, unverkauft 8.

notierungen schlachttiere: fohlen 13.50, pferde extrem 10, 1. qualitaet 9.50 bis 9.70, 2. qualitaet 8.50 bis 9, 3. qualitaet 5 bis 6.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schlachtpferde ermaessigte sich um 33 groschen je kilogramm.

der durchschnittspreis fuer schlachtpferde 8.52, schlachtfohlen 13.50, pferde und fohlen 8.73.



## wuestenrot-direktor bei vizebuengermeister slavik

29 wien, 15.12. (rk) vizebuengermeister felix s l a v i k empfing in gegenwart von stadtrat hubert p f o c h den direktor der bauparkasse wuestenrot dipl.vw. dr. heinz z o r n im rathaus. anlass des besuches war ein jubilaeum der bauparkasse: heuer wurde das 50.000. eigenheim, das wuestenrot finanzierte, fertiggestellt. direktor zorn uebergab eine gedenkmappe, in der die entwicklung und die taetigkeit der bauparkasse dargestellt ist.

die idee der bauparkasse, wie sie wuestenrot verwirklicht, stammt aus england. im ort wuestenrot in wuerttemberg wurde die erste deutsche bauparkasse gegrueudet, 1925 erfolgte die gruendung einer filiale in oesterreich. seit 1926 ist die oesterreichische bauparkasse wuestenrot ein selbstaendiges, rein oesterreichisches unternehmen. ihr hypotheckenstand uebersteigt 4,5 milliarden schilling

im gespraech mit vizebuengermeister slavik und stadtrat pfoch unterstrich direktor dr. zorn, dass rund ein viertel der wuestenrot-eigenheime von wienern bewohnt wird. die bauparkasse hat in wien rund 80.000 kunden. alle gespraechsteilnehmer betonten die bedeutung des bauparens und der wohnbaufoerderung, wobei auch weitere moeglichkeiten der entwicklung und der kooperation besprochen wurden.

1610

## unfall durch lichtbogen

28 wien, 15.12. (rk) bei arbeiten an der niederspannungswand der trafostation 8, Lerchenfelder strasse 3, erlitten am 15. dezember, um 9.45 uhr die beiden mitarbeiter der wiener e-werke, adolf k r e m s e r und alfred s c h m i d infolge eines lichtbogens, der durch einen kurzschluss verursacht wurde, verbrennungen im gesicht nach einlieferung in das allgemeine krankenhaus konnte alfred schmid sofort in haeusliche pflege entlassen werden, waehrend bei adolf kremser einige tage spitalsaufenthalt erforderlich sein werden.

1600



dritte wiener wasserleitung vor entscheidung!

30 wien, 15.12. (rk) wie die ''rathaus-korrespondenz'' erfahrt, erwartet man bei den verhandlungen um die wasserrechtliche bewilligung der dritten wiener wasserleitung aus dem grundwasservorkommen im wiener becken fuer freitag die entscheidung. das bewilligungsverfahren der obersten wasserrechtsbehoerde wird, wie verlautet, unter bestimmten bedingungen die wasserentnahme durch die wiener wasserwerke genehmigen.

1612

geehrte redaktion!

31 wir erinnern daran, dass morgen mehrere feierlichkeiten zum 200. geburtstag von ludwig van beethoven stattfinden.

bitte merken sie vor:

10 uhr: gedenkfeier vor dem ehrengab (zentralfriedhof, gruppe 32 a)

11 uhr: kranzniederlegung vor dem denkmal (1, beethovenplatz)

12 uhr: eroeffnung der gedenkstaette im hause 19, probusgasse 6.

1616